

PROTEST IN HAMBURG
1500 Menschen demonstrieren für soziale Gerechtigkeit



Foto: Susanne Hueners

Unter dem Motto "Umfairteilen – Reichtum besteuern" bildete sich am Mittag eine Menschenkette im Bankenviertel am Rathaus.

Hamburg. Bei einem bundesweiten Aktionstag haben am Sonnabend nach Polizeiangaben 1500 Menschen in Hamburg gegen soziale Ungerechtigkeit demonstriert. Die Veranstalter sprachen von 7000 Teilnehmern. Unter dem Motto "Umfairteilen – Reichtum besteuern" bildeten sie eine Menschenkette und umzingelten symbolisch das Bankenviertel in der Nähe des Rathauses. Zu den Forderungen des Bündnisses aus Gewerkschaften und Sozialverbänden gehören eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie die Bekämpfung von Steuerflucht.

"Die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte verfügen über 53 Prozent des gesamten Reichtums. Die untere Hälfte dagegen hat nichts", **sagte Hamburgs DGB-Chef Uwe Grund** auf der Kundgebung am Rathaus. "Vor einer Spaltung der Gesellschaft zu warnen, wäre angesichts dieser Fakten albern. Diese Spaltung ist längst Realität." Der Landesvorsitzende des Sozialverbandes Deutschland, Klaus Wicher, pflichtete bei: "Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander."

Mit Spannung wurde die Rede des Parteichefs der radikalen Linken in Griechenland, Alexis Tsipras, erwartet. Sein geplanter Auftritt hatte im Vorfeld Kritik hervorgerufen.

In Hannover demonstrierten laut Polizei bis zu 200 Menschen. In ganz Deutschland beteiligten sich laut Veranstaltern 40.000 Menschen an den Kundgebungen in 40 Städten. Schätzungen der Polizei fielen deutlich niedriger aus. In Berlin warnte Grünen-Chefin Claudia Roth vor einem zunehmenden Auseinanderdriften der Gesellschaft und forderte eine Vermögensabgabe. Zu den Demonstranten gehörten auch Vertreter der Linken-Parteispitze wie Gregor Gysi und Gesine Lötsch.

In Bochum demonstrierten nach ersten Polizeiangaben rund 4000 Menschen. In Berlin und Frankfurt bezifferten die Veranstalter die Teilnehmerzahl auf jeweils 5000.

Der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, forderte in der Bankenstadt Frankfurt, dass die Vermögenden stärker bei der Bewältigung der

Hamburger Abendblatt

29.9.2012

Wirtschafts- und Finanzkrise zur Kasse gebeten werden. Die Steuerzahler hätten die Rettungsschirme bezahlt und damit die Vermögen der Reichen überhaupt erst gesichert. "Es ist an der Zeit, dass diejenigen, die davon profitiert haben, jetzt auch ihren Beitrag leisten", sagte Bsirske.

Grünen-Chefin Roth kritisierte, immer mehr Menschen würden abgehängt, während die Gruppe der Reichen nicht ausreichend in die Verantwortung für das Gemeinwohl genommen werde. "Wir brauchen deshalb endlich eine Vermögensabgabe", sagte sie. "Es kann nicht sein, dass eine kleine Gruppe Vermögender immer mehr privates Kapital anhäuft, während Schwimmbäder schließen müssen oder kommunale Krankenhäuser keine ordentlichen Gehälter mehr zahlen können."